

**Komitee «Bezahlbare Wohnungen für Zürich»**

Postfach 1949, 8026 Zürich
T: 044 296 90 30, F: 044 296 90 26
sekretariat@bezahlbare-wohnungen.ch
www.bezahlbare-wohnungen.ch
Postkonto 85-627048-7

An die
Zürcher Medien

Zürich, 27. November 2011

Nach dem Ja zum wohnpolitischen Grundsatzartikel StimmbürgerInnen haben Auftrag zur Stärkung des nichtspekulativen Wohnungsbaus erteilt

Das sehr deutliche JA der Zürcherinnen und Zürcher zum "wohnpolitischen Grundsatzartikel" ist ein klarer Auftrag für die Wohnpolitik der Stadt Zürich. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wollen, dass die Stadt ihre erfolgreiche Kooperation mit jenen Bauträgern fortführt, die mit dem Wohnungsbau nicht möglichst viel Geld verdienen, sondern ein Grundbedürfnis befriedigen wollen.

Das Ja ist ein Auftrag an die politischen Akteurinnen und Akteure, die Anstrengungen zur Ausdehnung und zur Förderung des nichtspekulativen Wohnungsbaus zu verstärken und das breit gefächerte Angebot der gemeinnützigen Wohnbauträger zu erweitern.

Vier Massnahmen stehen dabei für das Komitee mehr bezahlbare Wohnungen für Zürich im Vordergrund:

- **Verstärkter Kauf privater Liegenschaften durch die städtische Stiftung PWG.** Für eine offensivere Kaufpolitik der PWG braucht es angesichts der zurzeit verrückt spielenden Liegenschaftenspreise auch die politische Bereitschaft, der PWG zusätzliche Abschreibungsbeiträge zu gewähren.
- **Beschaffung von Bauland über planerische Massnahmen.** Planungsmehrwerte bei Um- und Aufzonungen müssen in Form von Baulandabtretungen an Baugenossenschaften abgeschöpft werden. Ein erfolgreiches Beispiel dafür ist das Manegg-Areal; im Fokus stehen namentlich die grossen SBB-Areale. Auf städtischer und auf kantonaler Ebene müssen die planerischen Instrumente bereitgestellt werden, um Mindestanteile an gemeinnützigen Wohnungen festsetzen zu können.
- **Offensive Baulandbeschaffung.** Hier wird der als Gegenvorschlag zur grünen Wohnbau-Initiative geplanten Stiftung „Bezahlbar und ökologisch wohnen“ – über die wir nächstes Jahr abstimmen – eine wichtige Rolle zukommen. Sie soll vor allem Land beschaffen, dieses an gemeinnützige Bauträger im Baurecht abtreten oder weiterverkaufen und Gemeinnützigen allenfalls Darlehen für den Landerwerb gewähren.
- **Sozialverträgliche Verdichtung.** Genossenschaften haben ein erhebliches Potenzial zur Nachverdichtung, welches das Angebot an gemein-

**Komitee «Bezahlbare Wohnungen für Zürich»**

Postfach 1949, 8026 Zürich
T: 044 296 90 30, F: 044 296 90 26
sekretariat@bezahlbare-wohnungen.ch
www.bezahlbare-wohnungen.ch
Postkonto 85-627048-7

nützigen Wohnungen ausweitet. Sie sind ihren Mitgliedern gegenüber verpflichtet, dieses Potenzial sozialverträglich zu nutzen. Das bedeutet unter anderem, Erneuerungen in Etappen vorzunehmen, die Tendenz zur Wohnflächenausweitung zu bremsen und nur Siedlungen zu erneuern, deren Anlagekosten weitgehend amortisiert sind.

Auch der Kanton ist gefordert

Das Ja der Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher ist im Übrigen auch ein Signal an den Kanton. Mit seiner sich allein am Markt orientierenden Land- und Immobilienpolitik und der Blockierung von Massnahmen der Kommunen zur Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus hat der Kanton bisher die Anstrengungen vieler Städte und Gemeinden unterlaufen. Es ist Zeit, dass auch der Kanton die wohnpolitischen Herausforderungen anerkennt und dem Erhalt von bezahlbarem Wohnraum und sozialer Durchmischung eine hohe Priorität einräumt.

Rückfragen

- **Jacqueline Badran**, SP, Vertreterin Initiativkomitee "Wohnen für Alle" 076 324 68 67
- **Richard Rabelbauer**, EVP, Vertreter der Initiativkomitees "seniorengerechte" und "familiengerechte Stadt Zürich, 079 689 47 03
- **Niklaus Scherr**, Mieterinnen- und Mieterverband Regionalgruppe Stadt Zürich, Mitglied der vorberatenden Kommission des Gemeinderats, 044 241 77 18
- **Peter Schmid**, Wohnbaugenossenschaften Zürich, Präsident, 079 508 72 59